

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Fahrendrath, Düsseldorf 100, Tannenstr. 35, Tel. 4423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Wirtschaftliche Einsicht?

II.

Die Unternehmer sehen als Zweck ihrer Betriebe und der industriellen Betätigung immer nur die Gewinnzielsetzung. Ihr Bestreben ist stets darauf gerichtet, durch Steigerung der Produktion bei gleichzeitiger Herabsetzung der Produktionskosten den Gewinn zu steigern. Dieses Gewinnstreben ist der Motor, der die privatkapitalistische Wirtschaft treibt. Um die beste und wohlfeilste Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse kümmern sich die Unternehmer nicht.

Zur Steigerung der Produktion, zur Verbilligung der Produktionskosten und um den höchstmöglichen Gewinn zu erzielen, versucht der rein privatkapitalistisch eingestellte Unternehmer stets die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne zu drücken, alle Ausgaben für Einrichtungen zum Schutze für Gesundheit und Leben der Arbeiter sowie alle Beiträge zur Sozialversicherung zu sparen. Es ist den Unternehmern etwas Selbstverständliches, die Fabrikgebäude, Maschinen und sonstigen Einrichtungen, die Kohlen, Holz- und Fertigfabrikate gegen Feuer-, Wasser-, Diebstahl und Tumultschäden freiwillig zu versichern und auch sonst alle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um Schäden abzuwehren oder etwa eingetretene Schäden ersetzt zu bekommen. Mit der gleichen, allerdings ganz inkonsequenten Selbstverständlichkeit bekämpfen die Unternehmer alle

Maßnahmen zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft, des wertvollsten Produktionsfaktors, sobald dieser Schutz und die Heilung etwaiger Schäden auch nur die geringsten finanziellen Ausgaben und damit eine Verteuerung der Produktion bedingen. Auf die sorgfältigste Behandlung jeder Arbeitsmaschine und die Steigerung deren Lebensdauer wird größter Wert gelegt. Ob der Lohn des Arbeiters zu ausreichender Ernährung, Bekleidung und Wohnung für ihn und seine unterhaltungsbedürftigen Angehörigen reicht, ob überspannte Arbeitsleistung, die Arbeit in ungesunden Räumen oder Gesundheit und Leben gefährdende Arbeitsprozesse Elend, Siedtüm und frühzeitigen Tod herbeiführen, danach fragen die auf rein privatkapitalistische Denkweise eingestellten Unternehmer nicht, solange ihnen genügend arbeitswillige Hände zur Verfügung stehen. Solange die Unternehmer nicht durch Mangel an Arbeitskräften oder durch Gesetz und Polizei sowie durch die Gewerkschaften gezwungen werden, wenden sie keinen Pfennig für soziale Zwecke auf. Die erhöhte Konkurrenzfähigkeit der vom privaten Gewinnstreben geleiteten Betriebe, die sich von jeder sozialen Last und jeder durch Rücksicht auf den Schutz der menschlichen Arbeitskraft erforderlichen Beschränkung frei zu machen vermögen, die die billigsten und willigsten Arbeitskräfte beschaffigen können, zwingen zuletzt auch die mehr sozial eingestellten Unternehmer zu Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit und Anwendung der geschilderten unsozialen Maßnahmen, um ihre Konkurrenzfähigkeit aufrecht erhalten zu können. In der ungebundenen privatkapitalistischen Wirtschaft wird eben alles, von der Marktforderung, von Angebot und Nachfrage und vom Gewinnstreben beherrscht.

Die Anhänger der alten Manchesterdoktrin, die keinen Eingriff des Staates oder der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen in die wirtschaftlichen Verhältnisse und in den Erwerb dulden wollen, sprechen all denjenigen, die der Ansicht sind, die Wirtschaft solle dem Menschen, dem Allgemeinwohl dienen, jede wirtschaftliche Einsicht ab. Dieses Schlagwort von der mangelnden wirtschaftlichen Einsicht ist so alt wie die privatkapitalistische Wirtschaftsweise; es ist eins der verhänglichsten und deshalb der übelsten Schlagworte. Mit ihm läßt sich schon die Blöße unerfüllten Gewinnstrebens auf Kosten der Arbeitnehmerschaft verdecken. Wollen wir den reinen Wirtschaftsmenschen in seiner ganzen unsozialen Nacktheit sehen, so gilt es, dieses Feigenblatt herunterzureißen. Man hört und liest gegenüber Ausführungen, wie wir sie bisher gemacht haben: das ist übertrieben; auch die Arbeitgeber, von wenigen unruhlichen Ausnahmen abgesehen, sind besorgt um das Wohl ihrer Arbeiter. Demgegenüber braucht man nur folgende Fragen aufzuwerfen:

1. Wo ist der Arbeitgeberverband, der ohne Drängen der organisierten Arbeiter von sich aus auch nur die allerbekannteste Lohnherabsetzung, Arbeitszeitverkürzung, Gewährung von Ferien, Einrichtung von Arbeiterausschüssen oder irgendwelche andere sozialen Maßnahmen für die Verbandsfirmen angeordnet hat?
2. Wo ist die Unternehmervereinigung, die auch nur die geringste Erweiterung des Arbeiterschutzes oder Verbesserung der Sozialversicherung bei den gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung beantragte?

Die gibt es nicht! Nur auf Drängen der Gewerkschaften und in der Sorge, die Produktion könnte durch einen Streik gestört und dadurch die Gewinnquelle verächtet werden, sind auf friedlichem Wege Verbesserungen

der Arbeitsbedingungen erreicht worden. In sehr vielen Fällen mußten erst durch Schiedsprüche der Schlichtungsstellen oder durch Streiks die unbedingt notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erstritten oder auch von den Unternehmern erstritte Verschlechterungen abgewehrt werden. Deshalb auch der heftige

Kampf gegen die Gewerkschaften,

gegen unparteiliche behördliche Schlichtungseinrichtungen und gegen die Tarifverträge. Es ist ganz charakteristisch für die Selbsteseinstellung aller maßgebenden Unternehmerränge, daß gerade in der heutigen Zeit, wo die horizontale und vertikale Zusammenfassung der Unternehmungen, die Erweiterung und Nachausbreitung der Kräfte, Syndikate, Kartelle, Preiskonventionen und sonstigen Unternehmervereinigungen die Wirtschaft immer schärfer reglementieren und das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Unternehmers weitestgehend einschränken, wo die Unternehmer- und Arbeitgeberverbände jedes Mitglied mit schweren Konventionalftrafen belegen und sogar durch Boykott und andere Zwangsmassnahmen die Weiterführung der Unternehmungen unmöglich machen, die gegen die Bestimmungen der Verbände verstößen, daß gerade in dieser Zeit der Hochblüte des Wirtschaftszwanges den Gewerkschaften und den gesetzgebenden Körperschaften Mangel an wirtschaftlicher Einsicht vorgeworfen wird, wenn diese, dem Gebote der Gerechtigkeit Geltung verschaffend, darnach streben, dem Arbeitnehmer eine den wirtschaftlichen Verhältnissen sowie kulturellen Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechende Lebenshaltung zu sichern.

Es war noch in etwa verständlich, daß die Unternehmer in der Anfangszeit der deutschen Industrieentwicklung größtmögliche Freiheit verlangten und jede nicht tragbare finanzielle Belastung ablehnten, weil unsere Industrie sich im schärfsten Konkurrenzkampfe mit den älteren Industrieländern, insbesondere England, einen Absatzmarkt und die Existenzsicherheit erkämpfen mußte. Als sich jedoch die deutsche Industrie und der deutsche Handel viel günstiger entwickelt hatten wie die irgend eines Konkurrenzlandes, als die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren vor dem Weltkriege eine überragende Stellung erlangt hatte, setzte erst recht ein verächtlicher Kampf der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften und

gegen die Sozialpolitik

ein. Dafür nur einige Beispiele.

Die vereinigten Arbeitgeberverbände schufen sich ein erweitertes Programm. Darin heißt es nach einer Veröffentlichung Ende 1908:

„Gegen die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ist Protest einzulegen; die paritätischen Arbeitskammern sind zu verwerfen; Tarifverträge sind für die Entwicklung der Industrie im allgemeinen verderblich; das System der paritätischen und öffentlichen Arbeitsnachweise ist zu verwerfen.“

Der Bund der Industriellen befaßte sich 1909 mit den Beschlüssen der Gewerbeordnungskommission des Reichstages über die Arbeiterausschüsse und das Arbeitskammerngesetz. Er sagt dazu in einer Eingabe:

„Von den Kommissionsbeschlüssen zur Aenderung der Gewerbeordnung ist für die Industrie in erster Reihe die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen bedrohlich, die über innere Betriebsangelegenheiten gütlich gehört werden müssen. Dadurch wird die notwendige Verfügungsfreiheit des Unternehmers eingeeignet und einer gefährlichen, durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen genährten Agitation innerhalb der Betriebe werden die Wege geebnet.“

Ferner wird der Beschluß der Reichstagskommission als gefährlich bezeichnet, der die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitsekretäre zu den Arbeitskammern festlegte. Weiter wird ausgeführt:

„Mit schwerer Sorge hat die Industrie seit geraumer Zeit erfahren müssen, daß sozialpolitische Regierungsvorlagen zum Nachteile der Industrie durch Reichstagsbeschlüsse in einer Weise verändert worden sind, die das im Entwurf vielleicht eben noch eingehaltene Maß des Erträgliches überschritt und auf die Lebensbedürfnisse der Industrie die gebotene Rücksicht nicht mehr nahm. Diese Erscheinung in der deutschen Gesetzgebung ist für die deutsche Industrie umso gefährlicher, als sie in eine Zeit fällt, wo beständig steigende Unkosten, eine erneut außerordentlich anwachsende Steuerlast, Rückgang der Kaufkraft im Inneren und Erschwerung des ausländischen Absatzes durch Zollmaßregeln des Auslandes die Wettbewerbsfähigkeit und den Ertrag zahlreicher Betriebe vermindern oder vernichten.“

Lesen und hören wir nicht in den letzten Jahren genau dieselben Vorwürfe und Einwände? Heute wird im Unternehmerlager immer wieder gefordert, die vorkriegszeitlichen Verhältnisse wieder herbeizuführen. Würden dieselben morgen wieder eingeführt, so würde das gesamte Unternehmertum sofort wieder eine weitere

Rückwärtsbewegung der Löhne

und aller sozialen Gesetze verlangen, und zwar mit den gleichen Gründen, mit denen man in den Vorkriegsjahren

und auch in der Nachkriegszeit jedes soziale Streben bekämpfte. Die von den Unternehmern geforderte „wirtschaftliche Einsicht“ muß unbedingt zu einer Versklavung und Verelendung des gesamten Arbeitnehmerstandes führen. Dagegen wehren sich alle, die der Ueberzeugung sind, daß der Mensch im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Strebens stehen muß, und daß die Wirtschaft um des Menschen willen da ist und sein Wohl zu fördern hat. Der Unternehmer sieht im Arbeiter dagegen immer nur den „Diener“ der Maschine.

Der Altmeister unserer Sozialpolitik, Franz Hitze, sagt so treffend in einer Auseinandersetzung mit Prof. Ludwig Bernhard über die angeblich unerwünschten Folgen der deutschen Sozialpolitik:

„Als Leitgedanke und Ziel einer gerechten Lohnpolitik muß es jedenfalls anerkannt werden, daß die in den Tagen der Arbeitsfähigkeit und Tätigkeit verdienten Löhne des Arbeiters nicht bloß die Lebensbedürfnisse während dieser Tage der Arbeitsfähigkeit, sondern auch die Amortisation des Kapitals, welches für die Pflege und Erziehung während der Jugendzeit erforderlich war, die Auslagen für die Tage der Krankheit, des Alters, des Risikos der Gesundheits- und Lebensgefährdung, wie sie mit der Arbeit verbunden ist, decken müssen. Wie der Arbeitgeber es als eine Forderung der Gerechtigkeit betrachtet, daß die Preise der Produkte mindestens dem Ertrag der Produktionskosten erreichen, so mit demselben Rechte der Arbeiter. Seine Produktionskosten sind eben der Lebensunterhalt, und zwar nicht bloß für die aktiven Lebensjahre und -tage, sondern auch für die unproduktive Zeit der Ausbildung, der Krankheit usw.“

Diese selbstverständliche wirtschaftliche Einsicht ist stets und wird auch heute noch von den Unternehmern in rücksichtsloser Weise bekämpft. Es ist sehr bezeichnend, daß sich gerade in letzter Zeit die einflussreichen Kreise der engl. Kirche in schärfster Form für die Berücksichtigung der Arbeiterbelange und gegen das Vorgehen weiter Unternehmerkreise aussprechen. Die engl. und kath. Geistlichen sind sicher zu mehr als 90% nicht aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Sie lernen jedoch die Not und das Elend weitester Arbeiterkreise kennen und halten sich in ihrem Gewissen verpflichtet, gegen die Ungerechtigkeiten der Unternehmer anzukämpfen. Wir Arbeiter begrüßen diese Bundesgenossen und danken ihnen in herzlichster Weise für ihr mannhaftes Eintreten für die Arbeiterbelange. Wie sich der soziale Gedanke erst mühsam Bahn brechen mußte gegen die alte wirtschaftsliberale Auffassung in den letzten 50 Jahren des vorigen Jahrhunderts, so wird auch jetzt wieder ein unermüdlicher Kampf gegen die soziale Reaktion durchgekämpft werden müssen. In diesem Kampfe wird und muß die Arbeiterchaft Sieger bleiben, wenn sie in geschlossener Phalanx in ihren Gewerkschaften zusammensteht. Ich.

Geschwächte Gesundheit bedingt erhöhten Schutz.

Wir haben in der vorigen Nummer des Verbandsorgans die Bedeutung des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes dargelegt. Daß wir gerade heute alle Veranlassung haben, diesem besondere Aufmerksamkeit zu widmen, sei nachstehend noch eingehend begründet.

Es sei erinnert an die gesundheitlichen Schäden, die durch die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, insbesondere durch das Elend der Inflationsperiode herbeigeführt wurden. Sie trafen in erster Linie Frauen und Kinder. Die ersten einmal durch die erhöhte Ausnutzung ihrer Arbeitskraft in der Kriegswirtschaft und durch die Sorge um den im Felde stehenden Ehegatten, dann aber auch durch den periodischen Mangel an Lebensmitteln und das Laufen und Stehen um diese, und durch den nervenzerrüttenden Kampf ums Leben in der Inflationsperiode. Das alles hat die körperliche Widerstandskraft der Arbeiterfrauen erschüttert, zumal auch die Ernährung vielfach eine ungenügende war. Doppelt und dreifach war das bei der erwerbstätigen Frau der Fall. Wie weit die Zerrüttung des Gesundheitszustandes unserer Arbeiterfrauen mancherorts bereits gediehen ist, zeigt ein Anfang März erlassener Aufruf des Herzvereins in Rempten im Allgäu, der folgenden Wortlaut hat:

„Wer den Gesundheitszustand der Remptener Frauen beobachten will, der braucht nur an den Wochentagen auf den Markt zu gehen oder sich an einer Fabrik aufzustellen, und so wird er abgehärmte, blutleere, vorgealterte Gestalten in Menge sehen. Die Statistik der Todesfälle hat sich in Rempten vollständig verschoben. Während vor dem Kriege die Zahl der Gestorbenen bei dem männlichen Geschlechte stets größer war als bei den Frauen, sterben jetzt mehr Frauen als Männer. Im Monat Januar 1924 starben 11 Männer und 22 Frauen. Dieses Mißverhältnis kann nicht mehr in dem umgeänderten Geschlechtsaufbau der Bevölkerung begründet sein, sondern hat seine Ursache in dem größeren Maße der Entbehrungen und der Arbeitsleistungen der

Frau. — Der ärztliche Verein richtet an die Männer das dringende Ersuchen, ihren Frauen in der Besorgung des Haushalts möglichst an die Hand zu gehen, und an die Bevölkerung, soweit sie noch leistungsfähig ist, die Bitte, möglichst die Frauen unterstützen zu wollen. Die Arbeitgeber aber mögen die Frauenarbeit gerechter bezahlen.

Es ist geradezu erschütternd, wenn man sich das persönliche Martyrium dieser Frauen und deren zerstücktes Lebens- und Familienstück vergegenwärtigt. Dabei handelt es sich nicht um wenige Personen, nein, die Zahl der in der Textilindustrie tätigen Frauen ist vor allem in Süddeutschland sowie in Sachsen und Schlesien ganz erheblich. Nach einer von unserem Verbande veranstalteten Statistik waren z. B. in Schlesien 31,7%, in Sachsen 51%, in Bayern 44,5%, in Baden 27,9 und in Württemberg 20,4% unserer weiblichen Mitglieber verheiratete Frauen.

Neuerdings wird selbst im Westen, so z. B. in M. Ghabach, wo bisher verheiratete Frauen nur in geringem Umfang beschäftigt wurden, über eine erhebliche Zunahme, besonders in den Baumwollspinnereien, berichtet.

Aber auch die Kinder haben gelitten durch Unterernährung. Diese begann zum Teil schon beim Säugling an der Mutterbrust, zum Teil auch später, weil die vorhandenen Mittel zu einer guten Ernährung nicht ausreichten. Geradezu entsetzlich hatten sich die Verhältnisse in der letzten Inflationsperiode und in der Zeit der großen Erwerbslosigkeit gestaltet. Die Zahl der tot oder lebensschwach geborenen Kinder nahm ständig zu, die Stillfähigkeit der Mütter ab. Auch die Ernährungsnot der Schulkinder nahm einen bedrohlichen Umfang an.

In der „Volkswohlfahrt“, dem amtlichen Publikationsorgan des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, wurden kürzlich darüber statistische Angaben gemacht. Darnach waren in Preußen von 38 033 ärztlich untersuchten Schulkindern nur 32% befriedigend, 45% mangelhaft und 23% sehr schlecht ernährt, in manchen Orten, namentlich in Großstädten und Industriezentren, in noch höherem Maße, bis zu 80%.

Nachstehend seien einige detaillierte Ziffern aus dem Ergebnis einer vom Zentralausschuß für Auslandshilfe Ende Dezember 1923 veranstalteten Kundfrage bekannt gemacht:

In Chemnitz erhielten von 1286 Schulkindern 13 Prozent kein erstes und 18,5 Prozent kein zweites Frühstück, 10,5 Prozent ungenügend Mittag- und 10 Prozent ungenügendes Abendbrot. Als genügend wurden Mittag- und Abendbrot schon angesehen, wenn das Kind mittags Bratkartoffeln und abends gekochte Kartoffeln erhielt. In Wpolda erhielten 6 Prozent der Kinder gar keine und 41,2 Prozent nur eine warme Mahlzeit am Tage. In Hof, wo schon seit 1915 dauernde Arbeitslosigkeit herrscht, hat die Ernährung der Arbeiterkinder bereits seit acht Jahren schwer gelitten. Die Kinder bekamen nur selten eine warme Mahlzeit. Brot, kalte Kartoffeln mit Heringsbrühe, selten mit Suppe, waren an der Tagesordnung. In Aachen erhielten nach Feststellung der Schulärzte etwa ein Drittel der Kinder täglich keine warme Mahlzeit, 60 Prozent der Kinder nur eine. Erstaunend sind auch die Feststellungen der Stadt Augsburg über den Ernährungszustand der Schulkinder. Durchschnittlich 50 Prozent der letzteren waren speisungsbedürftig.

Wir haben nur Textilstädte angeführt, um zu zeigen, mit welchem körperlich geschwächten Nachwuchs wir auch in der Textilindustrie zu rechnen haben.

Die Unterernährung der Schulkinder hat naturgemäß auch eine wesentliche Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen zur Folge. Von 1051 062 untersuchten Schulkindern in 23 preussischen Regierungsbezirken waren 34 358 = 3,28% tuberkulös. Daß es auch in den übrigen deutschen Ländern nicht besser aussieht, zeigt eine Statistik der Stadt Augsburg. Dort wurden Ende 1923 gezählt 67 lungentuberkulöse Kinder gegen 38 Ende 1914 und 759 lungentuberkulöse verdächtige Kinder gegen 174 Ende 1914. Der Bericht sagt wörtlich:

Die blutarmen und schwächlichen Kinder haben sich zweifelslos beträchtlich vermehrt. Die Lehrerhaft klagt allgemein über zunehmende Nervosität der Schüler und Schülerinnen. Der kindliche Frohsinn, welcher sonst bei den Unterjünglingen immer wieder Veranlassung zu Scherzreden und zur Witzrede gab, ist im Ausnahmemaße begriffen. Ernste, sorgenvolle Mienen, welche die jugendlichen Züge viel alter erscheinen lassen und früher kaum jemals zu sehen waren, lassen sich jetzt vielfach beobachten.

Diese erschreckenden Ziffern zeigen uns mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit einer Steigerung der gesamten Lebenshaltung einerseits, dann aber auch eines erhöhten Arbeiterinnen- und Jugendschutzes auf der Arbeitstätte.

Dieses erhöhten Schutzes bedarf auch die bereits erwerbsfähige Jugend. Auch sie hat gelitten. Wir glauben ruhig behaupten zu dürfen, daß deren körperliche Widerstandskraft jener ihrer Altersgenossen der Vorkriegszeit nicht gleichzustellen ist. Leider sind die früher üblichen ständigen Veröffentlichungen der Krankenkassen ausgeblieben, so daß es nicht möglich ist, diese Behauptungen mit statistischem Material zu belegen.

Leider geben die zur Zeit im Textilgewerbe geltenden Löhne auch gar nicht die Möglichkeit, die eingetretenen gesundheitlichen Schäden durch eine gute Ernährung in absehbarer Zeit wieder auszugleichen. Noch niedriger die Löhne erheblich unter dem Friedensniveau. Dieser aber war schon unzureichend, so daß mit den heutigen Löhnen erst recht nicht auszukommen ist. Das kommt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck im Rückgang der Verbrauchsziffern. Nach dem von der Regierung den Sachverständigen unterbreiteten Material betrug bei uns der Verbrauch an wichtigen Artikeln pro Kopf und Jahr gegenüber (einschließlich des gewerblichen und tierischen Verbrauches):

	1913	jetzt
Fleisch	43,15 kg	26,71 kg
Roggen	153,1	91,9
Weizen u. Spelz	95,8	47,6
Gerste	108,0	30,0
Kartoffeln	700,2	573,0
Reis	2,49	1,64
Serringe	2,89	1,73
Bier	103,0	50,0
Branntwein	2,4	2,0

Bei diesen Ziffern ist zu berücksichtigen, daß gewisse Schichten der Bevölkerung keinen Minderverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen haben, wodurch sich der auf die breite Masse entfallende Anteil noch mehr verringert.

Die gegenwärtig unsern Beruf heimsuchende Krise wird der körperlichen Schwächung und Verelendung weiter Kreise der Textilarbeiterarbeit weiter Vorschub leisten. Damit aber wird der Körper des Arbeiters in seiner Widerstandskraft geschwächt und den gesundheitlichen Gefahren des Fabrikbetriebes in erhöhtem Maße ausgesetzt.

Wir sehen also, der Gründe gibt es genug, die es uns zur heiligen Pflicht machen, den Schutz der eigenen, den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft im Auge zu behalten. Dieser Schutz hat seine beste Stütze aber in der Organisation. Wer darum Verständnis für das eigene Wohl und ein warmes Herz für das Wohl der andern hat, den wird das eigene Interesse und das Mitgefühl zum Mitglied der Gewerkschaft machen.

Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage in Genf.

Im „Arbeitsgeber“, der Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, erhebt der Syndikus Dr. Hermann Meißinger bittere Anklagen und Vorwürfe gegen die Genfer Konferenz. Seine Ausführungen erwecken den Anschein, als ob dort die Forderung erhoben worden sei, Deutschland auch hinsichtlich seiner Sozialpolitik einer demütigenden Kontrolle zu unterwerfen. Ganz so schlimm scheinen die Dinge doch nicht zu liegen. Das ergibt sich schon aus dem vom Kollegen Henjeler, dem deutschen Vertreter im Internationalen Arbeitsamt, verfaßten Pressebericht über die in Genf gepflogenen Verhandlungen. Auch eine objektive Würdigung der in Genf gehaltenen Reden beweist, daß Herr Meißinger über das Ziel hinausgeschießt. Wir finden die in Genf geäußerten Befürchtungen einer internationalen Auswirkung der deutschen Arbeitszeitverlängerung für durchaus verständlich und berechtigt. Sie werden auch von uns geteilt. Wie begründet diese Befürchtungen sind, zeigt folgende Meldung der „Textilzeitung“ vom 29. Juni:

Nachdem die polnische Regierung bereits für die Bergbauindustrie eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden pro Tag zugestimmt hat, bemühen sich auch die Textilindustriellen, eine Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden durchzuführen. Unter der Arbeiterenschaft herrscht bereits große Unruhe darüber. In Lodz hat eine Versammlung der Delegierten des Textilarbeiterverbandes stattgefunden, in der mitgeteilt wurde, daß die Arbeitgeber die Absicht hätten, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne gleichzeitig herabzusetzen. Die Delegierten beschloßen, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren.

Wir können auch verstehen, daß die Vertreter der ausländischen Arbeiterenschaft bestrebt waren, diese Auswirkungen auf ihre Länder möglichst zu verhindern. Ein kluger Politiker wird sich darüber nicht in zweifelhafter Entscheidung ergehen, sondern versuchen, die in Genf zu Tage getretene Stimmung in positivem Sinne für uns politisch auszuwerten. Die Enttäuschung in Arbeitgeberkreisen erscheint uns fast als etwas gemacht und von der Befürchtung diktiert, daß auf dem Wege über Genf schließlich doch noch die Arbeitszeitfrage auch in Deutschland zu einer vernünftigen Lösung komme.

Die deutsche Arbeiterenschaft hat genau so wie die ausländische das denkbar größte Interesse daran, daß eine internationale Auswirkung der deutschen Arbeitszeitverlängerung verhindert wird. Die Abneigung der Arbeitgeber gegen den achtstündigen Arbeitstag ist, von Ausnahmen abgesehen, allgemein. Darum auch in allen Ländern das Bestreben der Arbeitgeber nach einer Ausdehnung der Arbeitszeit. Nicht wirklich berechtigte nationale Gründe, sondern reines Erwerbsstreben sind in der Regel dafür maßgebend. Je mehr es nun den Arbeitgebern in den übrigen Industriestaaten gelingt, dem deutschen Beispiele folgend, den Arbeitstag auszuweiten, desto schwieriger wird es uns, den Achtstundentag zurückzuerobieren.

Dem Gedanken, Deutschland einer Kontrolle seiner Sozialpolitik zu unterwerfen, hat der Generalsekretär des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, in seinen Schlußausführungen wenigstens selbst verworfen. Er sagte u. a. wörtlich folgendes:

„Ich habe niemals eine internationale Arbeitskontrolle in den deutschen Fabriken verlangt, das, was ich sage und aufrecht erhalte, ist, daß es in der gegenwärtigen Lage, wenn man die Beunruhigung der anderen Völker zusehen will, und wenn man ihnen den Eindruck einer wirklichen Siegerheit geben will, unerlässlich ist, eine formale Verständigung und genaue Abkommen zu treffen, die die Gewähr geben, daß die Ueberarbeit, die für die Reparationen geleistet wird, auch diesem Zwecke dient und daß die ausnahmsweise und vorläufige Ordnung, die der die Rede ist, nicht länger dauert als unbedingt nötig ist.“

Das klingt denn doch ganz anders. Thomas hat übrigens auch ausdrücklich anerkannt, daß die deutsche Regierung, die ja das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert hat, verfassungsgemäß berechtigt sei, eine abweichende Regelung vorzunehmen. In den vorerwähnten Ausführungen spricht er jeger davon, daß angesichts der für Deutschland bestehenden Schwierigkeiten eine ausnahmsweise und vorläufige anderweitige Regelung der Arbeitszeit anerkannt werden könnte, wenn die Gewähr geboten wird, daß die Ueberarbeit auch wirklich für Reparationszwecke verwendet wird und nicht länger dauert, als unbedingt nötig ist.

Dem letzteren Standpunkt teilen wir durchaus. Mehrarbeit ist auch unserer Ansicht nur insoweit und solange berechtigt, als wirtschaftliche und nationale Lebensnotwendigkeiten das bedingen. Wir stehen ferner ebenfalls auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen Notzeit der Beitrag der Reparatur nicht in die Tasche des Unternehmers zu fließen, sondern nationalen Belangen zu dienen hat, wobei wir allerdings die Schwierigkeiten einer praktischen Lösung

dieser Frage nicht verkennen. Daß das internationale Arbeitsamt hierfür bestimmte Sicherungen anstrebt, ist verständlich, weil es sonst die ohnehin schwer zu erlangenden Ratifikationen des Washingtoner Abkommens überhaupt nicht zu erreichen vermag. Solche Sicherungen zu geben, bedeutet noch lange keine demütigende oder gar ehrlose Handlung. Daß auch wir jede Kontrolle und jedes Abkommen, die mit der nationalen Würde nicht zu vereinbaren wären, entschieden ablehnen würden, ist so selbstverständlich, daß es nicht betont werden braucht.

Neuerdings werden nun Stimmen laut, die der deutschen Regierung nahelegen, den Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt zu erklären. Wir möchten dazu sagen: Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Ein solcher Schritt könnte gewissen Kreisen gefallen. Mit ihm würde Deutschland seine ganze Vergangenheit verleugnen. Das Internationale Arbeitsamt hinge dann gewissermaßen in der Luft, und dem schrankenlosen internationalen Wettbewerb wären wieder Tür und Tor geöffnet. Die Kosten aber hätte die Arbeiterenschaft zu tragen. Schon Kaiser Wilhelm II. hat in seinen bekannten Februar-Erlassen den internationalen Arbeiterschutz angeregt, „um die Verbefähigung gleichmächtiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen.“ Begrüßen wir es doch, wenn sich auf dem wichtigsten Gebiet des Arbeiterschutzes, in der Frage der Arbeitszeit, eine internationale Regelung anzubahnen beginnt. Eine wirklich sozial eingestellte Regierung wird und muß im Rahmen des für uns Trägbareren, aber mit innerer Ueberzeugung und Wärme alles tun, um dieses Ziel zu fördern. Nichts wäre verfehlter, als in dieser Frage eine kurzfristige Prestigepolitik zu betreiben. Die deutsche Volkswirtschaft selbst hätte auf die Dauer den Schaden davon.

Mittlerweile haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens Stellung genommen und folgendes beschlossen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sind bereit, nach Erledigung des Dawes-Gutachtens und nach der Ueberwindung der gegenwärtigen Kredit- und Wirtschaftskrise mit ihrer gewaltigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sowie nach erfolgter Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage der Ratifizierung des Washington-Abkommens auf die Reichsregierung dahingehend einzumirken, daß sie dem Reichstag einen Arbeitszeitgesetzentwurf vorlegt, der die Mängel der gegenwärtigen Arbeitszeitverordnung beseitigt. Erforderlichenfalls ist der D. G. B. auch bereit, für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einzutreten und, wenn nötig, einen Volksentscheid darüber herbeiführen zu helfen unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die gesetzgebenden Körperschaften der übrigen Hauptindustrieländer sich ebenfalls zur Ratifizierung bereit erklären.

Allgemeine Rundschau.

Die Zustände in einer Lungenheilstätte.

In der Lungenheilstätte Gröbersdorf in Schlesien sind zahlreiche Vergiftungserscheinungen festgestellt worden. 200 Personen sind erkrankt, 5 bereits gestorben. Das hat großen Staub aufgewirbelt und die Ungelegenheit beginnt immer weitere Kreise zu ziehen. Die Besucher dieser Anstalt setzen sich zum größten Teil aus Krankenkassenpatienten sowie aus den Angehörigen verschiedener Reichsämtler zusammen. Die selbstzahlenden Patienten befinden sich in verschwindender Minderzahl. Nur so ist es zu erklären, daß über die öffentlichen sanitäre Anstaltsführung bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Erst jetzt, wo durch die tödlichen Vergiftungsfälle gewissermaßen der Bann gebrochen ist, beginnen sich die Zeugen in stets wachsender Zahl zu melden.

Die Anstalt ist in Privatbesitz. Von einem sozialdenkenden Arzt, Dr. Brehmer, gegründet, scheint sie unter der gegenwärtigen Eigentümerschaft — einer Familien-G. m. b. H. — reinen Erwerbszwecken zu dienen. Ueber den Zustand der Anstalt und die Verpflegung der Patienten berichtet ein ehemaliger Patient der Anstalt wie folgt:

„Die Kranken sind außer in den Hauptgebäuden der drei Anstalten noch in einer Reihe von kleineren Häusern untergebracht, von denen einige von außen schon einen sehr schädlichen Eindruck machen. Diese Gebäude sind ausschließlich in Brehmerschen Besitz. Betritt man ihr Inneres, so verstärkt sich dieser Eindruck; man glaubt einfach nicht, in Deutschlands ältester und berühmtester Lungenheilstätte zu sein. Der Fuß der Wände bröckelt ab — ich spreche hier speziell von der „Krone“, in der die Kriegsschädigten wohnen, — hier und da sind sogar die Fensterrahmen morsch und drohen auseinanderzufallen. Kein Stuhl und kein Bett — letzteres in vielen Fällen nicht breiter als Kinderbetten — ist unbeschädigt, kaum ein Schrank und eine Kommode, an dem nicht mindestens ein Schloß in Unordnung ist, Waschtische ohne Füße, dazu alles aus dem billigsten und zerbrechlichsten Material — so sieht das Inventar aus. Maler, Tischler, Schlosser und sonstige Handwerker sind unbekannte Begriffe. Das Schlimmste aber ist, daß selbst die Fußböden häufig ausbesserungsbedürftig sind, ja, daß richtige große Löcher sich in ihnen befinden, die die Aufrechterhaltung peinlichster Sauberkeit zur Unmöglichkeit machen.“

Mit der Verpflegung steht es ähnlich: Gefrierfleisch, Saccharin (!!) und Suppen und Soßen ohne Zutaten von Fett sind geradezu Wahrzeichen der Brehmerschen Kost. — Beschwerden dagegen sind öfters — aber nie in durchgreifendem Maße — erhoben worden, — immer hieß es, daß der Anstalt die Gelder zur besseren Verpflegung der Kranken fehlten und daß im übrigen die Kost ausreichend sei. — Allerdings, zu meiner Zeit, — Ende Februar dieses Jahres — hat eine Beschwerde, an deren Abfassung der Unterzeichnete mitbeteiligt war, einen anderen, weitläufigeren Uebelstand geoffenbart, der vielleicht geeignet ist, auch die Ursachen der jüngsten Affäre zu ergründen. — Es fanden sich nämlich in einer Suppe unabweisbar Spuren von Waujekot, was darauf schließen läßt, daß die Vermahrung der Speisen nicht mit der in einem Sanatorium eigentlich selbstverständlichen Vorsicht erfolgt.“

Die eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich Klarheit darüber schaffen, ob und inwiefern die Anstaltsleitung ein Verschulden trifft. Gegebenenfalls ist es Pflicht der Krankenkassen und der betreffenden Reichsämtler, von einer weiteren Beschickung der Anstalt abzusehen.

Eine neue Zeitschrift.

Dem Beispiel unserer Bewegung folgend gibt nunmehr auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unter dem Titel „Die Arbeit“ eine wissenschaftliche Zeitschrift für

Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde heraus. Sie erscheint monatlich einmal in der Verlagsgesellschaft des V. u. B. und wird herausgegeben von Theodor Leppert und redigiert von Euthar Erdmann. Die neue Zeitschrift soll den Zweck haben, die mit den neuen erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu erklären, in fester Hinsicht auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften. Weiter soll sie den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, bestehende Gegensätze in organisatorischen und gewerkschaftspolitischen Fragen zum sachlichen Austrag zu bringen und die Möglichkeit schaffen, in freiem Meinungsaustausch, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Störfähigkeit der Bewegung zu fördern. Endlich hat sie die Aufgabe, die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung, sowie zu den anderen Kreisen zu pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären. Der heranwachsenden gewerkschaftlichen Führerschaft soll sie ein Wegbereiter zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeiterrechts ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer hänge es ab, ob die Gewerkschaften die ihnen zustehenden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie diese Rechte erweitern können.

Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit und mit welchem Erfolg die neue Zeitschrift den aufgestellten Richtlinien entsprechend zu wirken vermag.

Ein bemerkenswertes Urteil.

Mehrere Arbeiter einer Firma in Welbert (Rheinland) hatten Lohnforderungen auf Grund eines Schiedsspruches erhoben. Da die Kläger keiner Organisation angehörten, wies das Gewerbegericht ihre Klage ab mit der Begründung, daß nur die Arbeiter ein Recht auf die Vorteile aus diesem Schiedsspruch hätten, die zurzeit der Fällung des Schiedsspruchs Mitglieder einer Organisation gewesen seien.

Dieses Urteil wird bei allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern volle Zustimmung finden. Träger der tariflichen Lohnvereinbarungen sind die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Vereinbarungen selbst verursachen viel Arbeit und Kosten. Dafür haben allein die organisierten Arbeiter aufzukommen. Wer sich aber geflissentlich an der Aufbringung der erforderlichen Mittel vorbehielt, hat auch keinen Anspruch auf die erzielten Erfolge. Es wäre zu wünschen, daß obiges Urteil Nachahmung fände.

Zur Aufwertungsfrage.

Im Reichstagsausschuß zur Beratung der Aufwertungsfrage wurde u. a. auch der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Herjchel, als Sachverständiger vernommen. Nachstehend seien seine Ausführungen wiedergegeben:

Die Frage der Aufwertung hat für die Arbeitnehmer nicht nur ein allgemeines volkswirtschaftliches, sondern auch im weitesten Umfang ein unmittelbares Interesse. Schenke ich in dieser Hinsicht an die vielen Arbeitnehmer, die Sparguthaben besitzen, ich erinnere an das Interesse, das unsere Mitglieder als Versicherungsnehmer in der Aufwertungsfrage haben. Es ist auch nicht zu verkennen, daß vom Gerechtigkeitstandpunkt aus eine volle Aufwertung durchaus gerechtfertigt ist. Insbesondere ist es eine außerordentliche Härte, daß diejenigen, die im Kriege dem Vaterlande ihre letzten Pfennige zur Verfügung gestellt haben, nun leer ausgehen und vielleicht gar der Armenpflege anheimfallen sollen. Auch die Arbeitnehmer haben durchaus Verständnis dafür, daß die Inflation einer wertvollen Kulturpflicht ihre Existenz vernichtet hat. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, können sehr triftige Argumente für eine Aufwertung vorgebracht werden. Wenn man sich überhaupt für die Aufwertung entscheidet, so muß man dabei die Guthaben der kleinen Sparer bevorzugt berücksichtigen, besonders wird darauf zu dringen sein, daß die Guthaben der Arbeitnehmer gegenüber den industriellen Obligationen und Hypotheken aufgewertet werden.

Auch darf die Hauszinssteuer keinesfalls zur Aufwertung der Kommunalanleihen verwandt werden. Endlich darf die Aufwertung nicht den Kreisen zugute kommen, die entwertete Forderungen zu Spekulationszwecken aufgekauft haben, wie das z. B. bei der Kriegsanleihe in starkem Maße der Fall ist. Die Unterscheidung zwischen nicht-geldwerten oder unter Vorbehalt gelösten Hypotheken einerseits und vorbehaltlos gelösten Hypotheken andererseits ist rein formaler Natur und kann auch mit Rücksicht darauf nicht aufrecht erhalten werden, daß die Hypotheken der kleinen Gläubiger durchweg vorbehaltlos gelöst sind. Ueberhaupt stehen einer Aufwertung sehr sehr starke praktische Bedenken entgegen, und diese Bedenken halte ich für so stark, daß ich es für richtiger erachte, den Standpunkt der Reichsregierung anzunehmen und es bei den Vorschriften der 3. Steuernotverordnung zu belassen. Die Wirtschaft wird die Lasten der Aufwertung kaum tragen können, und wenn sie sie tragen kann, so werden diese Lasten abgewälzt werden dorthin, wo der geringste Widerstand vorhanden ist, d. h. in Form höherer Preise und niedrigerer Löhne, vielleicht auch in Form erhöhter steuerlicher Belastung werden die Arbeitnehmer die Kosten bezahlen müssen.

Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine.

In den Tagen vom 26.-29. Juli hielt der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Sitz Düsseldorf-Reisholz, seinen 16. Genossenschaftstag in der Reichshauptstadt in den Räumen des „Rheingold“, Potsdamerstr., ab. Der Reichsverband ist die Organisation der neutralen Konsumvereine Deutschlands. Es sind ihm 450 Konsumvereine mit rund 820 000 Familien angeschlossen. Zu diesen gehört auch der Beamten-Wirtschaftsverein Berlin mit rund 100 000 Mitgliedern und etwa 15 Millionen Goldmark Umsatz im Jahr. Der Reichsverband hat eine gemeinsame Warenzentrale, die „Gepag“ Groß-einkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft mit eigener Seifen-, Fleischtwaren- und Zigarrenfabrikation.

Ueber die Entwicklung unserer Konsumvereinebewegung macht Verbandsdirektor Schlack im „Deutschen“ folgende interessante Ausführungen:

In der in dieser Zeit besonders im Westen stark sich entwickelnden christlichen Gewerkschaftsbewegung erwachte aber gleichfalls der Konsumvereinegedanke. Man gründete christliche Gewerkschaftskonsumvereine, die jedoch infolge der schmalen Basis, auf der sie aufgebaut waren, zu keiner Bedeutung gelangten. Im Jahre 1902 wurde durch den Verfasser dieser Zeilen die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Köln-Mülheim auf breiter, neutraler Grundlage gegründet, die bald durch ihre Entwicklung mit zu den größten Konsumvereinen Deutschlands gehörte. Von dieser Konsumgenossenschaft aus wurde die Initiative zur Gründung eines Verbandes der neutralen Konsumvereine Westdeutschlands ergriffen. Im Jahre 1904 wurde in Neuf der Verband nationaler Konsum- und Produktionsgenossenschaften Westdeutschlands gegründet, der dann nach einigen Wandlungen im Jahre 1912 sich als Reichsverband deutscher Konsumvereine auf ganz Deutschland ausdehnte.

Mit der Gründung der neutralen Organisation der deutschen Konsumvereine begann für die gesamte Konsumvereinebewegung eine neue Epoche. Bis zu dieser Zeit war sie als sozialdemokratisch verfahren und wurden auf Grund der damaligen politischen Parteikonstellation in den Parlamenten schlecht behandelt. Die parteipolitisch und religiös neutrale Stellung des Reichsverbandes zwang jetzt die Regierungen und Parlamente, die Konsumvereinebewegung als wirtschaftlichen Faktor zu werten.

Der Reichsverband hat harte Kämpfe um die Anerkennung der Konsumvereinebewegung ausfechten müssen, besonders auch deswegen, weil die bürgerlichen Parteien alle Konsumvereinefeindlich eingestellt waren. Nicht minder scharf war der Kampf der mittelständischen Kreise gegenüber der neutralen Konsumvereinebewegung. Man konnte nicht begreifen, daß auch die breiten Schichten, die politisch den bürgerlichen Parteien angehörten, zur Selbsthilfe auf dem Gebiete der Bedarfsgüterversorgung schritten. Diesen Schritt betrachtete man als einen Einbruch in die eigenste Domäne des privaten Handels, und die Rufe nach Ausnahmegeetzen wollten kein Ende nehmen.

Heute, nach dem verlorenen Kriege und nach der sich anschließenden Revolution haben sich diese Kämpfe abgeschwächt. Auch der gewerkschaftliche und kaufmännische Mittelstand hat sich des Genossenschaftswesens bedient, und in der Kriegswirtschaft haben diese Genossenschaften oft Schulter an Schulter mit den Konsumgenossenschaften im Kampfe gegen die Unsitte in Handel und Verkehr, gegen Wucher und Schieberum gestanden. Die Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich, besonders durch die neutrale Stellung des Reichsverbandes, welche auch den Zentralverband deutscher Konsumvereine zwingt möglichst neutral zu handeln, seine Stellung in Staat und Wirtschaft erungen.

Sozialpolitisches.

Wo bleibt die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge?

Der Reichstag hat am 25. Juli eine Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge beschlossen, die eine Heraushebung der Hauptunterstützungssätze um 20-25 Prozent, der Familienzuschläge um 50 Prozent, die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 17. Lebensjahr und die Befreiung der Spanne zwischen den Unterstützungen für Männer und Frauen vorsieht.

Die Notlage der Erwerbslosen ist so groß, daß baldige Hilfe eben so dringend ist wie ausreichende Hilfe. Aber es ist alles still. Die Verordnung, die diese Beschlüsse in die Tat umsetzen, ist noch nicht erschienen. Die Erwerbslosen können aber von bloßen Beschlüssen nicht satt werden. Sie müssen das, was ihnen zugesagt ist, auch tatsächlich bekommen. Nachdem der Reichstag gesprochen hat, sollten die Länder keine Schwierigkeiten mehr machen, sondern im eigensten Interesse dafür sorgen, daß die Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Aber auch die Frage der Kurzarbeiterunterstützung bedarf endlich der Klärung und endgültigen Regelung. Es ist ein Unding, Leuten eine Unterstützung zu verweigern, deren Einkommen bei zwei- bis dreitägiger Beschäftigung oft unter den Sätzen der Erwerbslosenunterstützung liegt. Noch unfinniger ist es, diesen Arbeitern von den paar Groschen die sie verdienen, auch noch einen Beitrag zur Erwerbslosenunterstützung in Abzug zu bringen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß Reichs- und Landesregierungen endlich unter Zurücksetzung vorhandener Bedenken zur Tat schreiten würden. Oder will man sich erst wieder durch Hungerrevolten dazu zwingen lassen?

Aus der Textilindustrie.

Neues Abkommen der Textilindustrie.

Am 25. Juli ist eine Verlängerung des Abkommens der Textilindustrie der besetzten Gebiete und der Rheinlandkommission um zwei Monate vorgenommen, so daß es nunmehr bis 1. Oktober läuft. Es kann auch schon früher gekündigt werden, wenn etwa eine Vereinbarung des Reichs mit den Ententeländern zustandekommen sollte. Das neue Abkommen sieht, laut „Textil-Zeitung“, eine Ermäßigung der bisherigen Sätze um 50 Prozent vor. Beim Verband ins Ausland und ins unbesetzte Deutschland ist danach künftig zu zahlen in Prozent des Wertes: für Seidenwaren 1,0, Kunstseide 1,125, Baumwollgarn 0,5, Baumwollwaren 0,9, Leinengarn 1,125, Leinwaren 1,2, Spitzen, Ligen, Bänder ufm. 1,5, Wirkwaren 0,9, Wollgarne 0,5, Wollwaren 0,9.

Die auch um die Hälfte herabgesetzte Pauschalgebühr für den Versand von Paketen beträgt künftig bei Paketen von 5, 10, 15 und 20 Kilogramm 30, 60, 85 und 120 Centpfennig. Auch beim Verkehrsverkehr ist dieselbe Ermäßigung vorgenommen. Für den Bezug aus dem unbesetzten Deutschland sind die bisherigen Ermäßigungen für Textilrohstoffe um weitere 50 Prozent herabgesetzt, so daß sie nunmehr 25 Prozent der Zolltariffsätze betragen.

Für Bewilligungen, die bis zum 1. August eingeholt sind, gelten die alten Abgabensätze. Eine Rückvergütung bei solchen Bewilligungen findet nicht statt, auch wenn der Warenverand erst nach dem 1. August auf Grund solcher Bewilligungen sich vollzieht. Die ermäßigten Sätze des neuen Abkommens gelten also nur für solche Bewilligungen, die vom 1. August ab eingeholt werden.

Die Weltvorräte an Baumwolle.

Am 13. Juli: 24 Millionen Ballen. „Financial Chronicle“ berechnet für den 13. Juli den sichtbaren

Weltvorrat an Rohbaumwolle auf 2 428 266 Ballen gegen 2 275 641 Ballen am 13. Juli 1923. Gegenüber dem 6. Juli d. J. hat nach dieser Berechnung der sichtbare Weltvorrat um 195 255 Ballen abgenommen, gegenüber dem 13. Juli 1923 ist ein Mehr von 153 647 Ballen, gegenüber dem 13. Juli 1922 ein Minus von 1 785 396 Ballen festzustellen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Die Regelung der Ferienfrage in Aachen.

In großen Scharen hatten sich am 24. Juli d. J. die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes im Mägdehaus versammelt, um den Bericht über das Ferienabkommen der Aachener Textilindustrie entgegen zu nehmen. Aus dem Bericht des Kollegen Bartholemey ging hervor, daß es den Organisationen in diesem Jahre wieder gelungen ist, trotz hartnäckigem Widerstand des Arbeitgeberverbandes, für unsere Textilarbeitersechse sechs Tage Ferien, unter Fortbezahlung des Lohnes, zu sichern. Es heißt in dem Abkommen, alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am 15. Mai d. J. in der Textilindustrie beschäftigt und bis zum 4. August nicht durch eigene Schuld oder freiwillig ausgeschieden sind, erhalten sechs Tage Ferien. Besondere Rücksicht galt es zu nehmen auf die große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die infolge der Krise entlassen oder auf Wartzeit gesetzt wurden. Für diese galt es die Ferien zu retten. Außerdem ging der Wunsch der Arbeiterschaft dahin, eine gemeinsame Ferienwoche für alle Betriebe der Textilindustrie zu erreichen. Das ist den Gewerkschaften durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande gelungen. Die einheitliche Ferienwoche für die Aachener Textilindustrie wurde auf die Woche vom 4.-9. August festgesetzt. Die nachfolgende rege Aussprache über den Bericht war von Ruhe und Sachlichkeit getragen. Die Kollegen Ernst Weber und Graf richteten an die zahlreich versammelten Mitglieder den Appell, so wie bisher auch in der Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren. Nur eine innerlich gefestigte, im Geiste des Christentums geführte Gewerkschaftsbewegung sei in der Lage, die Geschichte der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten. Mit besonderer Befriedigung kann festgestellt werden, daß gerade in unserer Bewegung die Austritte nicht so zahlreich sind als wie in den gegnerischen Organisationen, in denen die Kommunisten ziemlich viel Verheerung angerichtet haben. Die kommunistischen Zeilen sind mittlerweile Häuser geworden. Es ist bezeichnend, daß sich die Massen von den Organisationen in erster Linie abmenden, die ihnen früher am meisten versprochen haben. Mit Verpöndungen ist der Arbeiterschaft nicht gedient, sondern nur mit Taten. Die Versammelten gingen mit dem entschlossenen Willen nach Hause, mit aller Kraft an der Stärkung und Festigung unseres Verbandes mitzuarbeiten.

Ein Stimmungsbild aus der Paramentenweberei.

Aus Cresfeld wird uns geschrieben: Die Cresfelder Textilindustrie ist vielfältig. Viele Fachgruppen der Textilindustrie sind vertreten. Die Seidenindustrie ist vorherrschend. Kravatten und Kleiderstoffe, auch Schirmstoffe und Seidenband wird hergestellt. An zweiter Stelle kommt die Sammet-, Plüsch- und Sammetbandindustrie. Es reihen sich an Etiketten-, Gummiband-, Möbelstoff- und Teppichweberei, die Baumwollspinnerei, die Strumpfstrickerei und die Klemendreherei. Entsprechend diesen Industriezweigen ist auch die Veredelungsindustrie mit ihren vielen Färberei- und Appreturanstalten vorhanden. Endlich sei auch die Paramentenweberei erwähnt. Von der Lebenslage, den Nöten und Sorgen der Paramentenweber, insbesondere der Handweber, sei einiges ausgeführt.

Die Herstellung von Paramentenstoffen geschieht in kleineren Betrieben. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt im Einzelbetriebe mindestens 6 und höchstens 30. Meistens sind ältere Weber in der Paramentenweberei tätig. Schon lange Zeit, 30, 40, ja sogar 50 Jahre wird nichts anderes als Sammet oder Seide auf diesen Handstühlen fabriziert. Alle Herren Länder bekommen die fleißige Arbeit der Paramentenweber, die kirchlichen Zwecken dient, zu sehen. Welt- und Ordensgeistliche, hohe und niedere Würdenträger der Kirche in allen Erdteilen trugen und tragen die in Cresfeld hergestellten Chormäntel, Kasel und Belians ufm. bei ihren Amtshandlungen. Die Paramentenherstellung ist eine Spezialarbeit. Konkurrenz ist kaum zu fürchten. Die Fabrikation ist sehr lohnend für den Fabrikanten.

Die Arbeit des Handparamentenwebers ist sehr anstrengend. Mit Füßen und Händen arbeitend zwischen Brustbaum und Sitzbrett hängend, muß er seine ganze Aufmerksamkeit der Arbeit zuwenden. Das ist aufreibend und abspannend, besonders für den älteren Arbeiter. Meistens wird in Akkord gearbeitet. Der Akkordlohn für den einzelnen Artikel ist in der Regel sehr gering. Bei höchstem Fleiß ist es bei 54 stündiger Arbeitszeit kaum möglich, mehr als den Stundenlohn zu verdienen. Der Paramentenhandweber will aber auch leben. Manche suchen sich einen Ausweg, in dem sie sich die Arbeitszeit selbst verlängern. Vor Beginn und nach Schluss der Arbeit wird noch ein Viertelstündchen, öfters auch noch mehr, zu Vorbereitungsarbeiten verwandt. Eigentümliche Gedanken beschleichen einem, wenn man sieht, wie diese alten Männer von 55, 60, 65 Jahren und darüber hinaus sich abmühen und quälen, um nur das notdürftigste zum Lebensunterhalt zu verdienen. Harte Frohn, Entbehrung vieler Erdengemüße ist ihr Los.

Die Paramentenstoffe werden beim Gottesdienst gebraucht. Der Gedanke allein schon müßte die Arbeitgeber bewegen, der Lehre Christi folgend, ihren Arbeitern einen gerechten und auskömmlichen Lohn zu gewähren und — angesichts der schweren Arbeit — in der Bemessung der Arbeitszeit auf die körperlichen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Das geschieht nicht immer. Der Arbeiter aber sieht den Kontrast zwischen der Lehre des Christentums, in dessen Dienst die von ihm hergestellten Stoffe verwandt werden, und dem Verhalten mancher Arbeitgeber. So ist es denn auch verständlich, daß es Arbeiter gibt, die unzufrieden sind, die mit ihrem Schicksal hadern, die den Glauben an die Menschen und an die Gottheit verloren haben. Wenn man bedenkt, daß von sechs Arbeitern einer Paramentenweberei mehrere Familien mehr als auskömmlich leben, sich luxuriös ausgestattete Wohnräume und die Erfüllung weitgehender Wünsche leisten können, dann wundert man sich über die Einstellung mancher Arbeiter nicht mehr. Die ganze Seelenstärke und Willenskraft eines religiösen Menschen gehört dazu, unter solchen Verhältnissen zu schaffen und seine Pflicht zu tun. Die Handparamentenweber fordern eine anständige Verhandlung, die

der Schwere der Arbeit Rechnung trägt, eine gerechte Verteilung des herausgewirtschafteten Ertrages, kurzum ein Christentum der Tat von den Paramentenfabrikanten.

Aus unserer Bewegung.

Das Arbeitszeitabkommen in der Krefelder Seiden- und Sammetindustrie verlängert.

Die Textilarbeitergewerkschaften hatten das Sonderabkommen über die Arbeitszeit auf den 31. Juli gekündigt. Verhandlungen über den Neuschluß eines Vertrages zwischen den Parteien blieben ergebnislos. Am 31. Juli 1924 fanden Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß M. Gladbach statt. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Dr. Coning wurde nach mündlicher Verhandlung nachstehender Schiedspruch gefällt:

Das Sonderabkommen über die Arbeitszeit vom 27. 2. 24 bleibt für den Monat August d. J. bestehen und läuft weiter, wenn es nicht mit 14 Tagen (frühestens zum vorgenannten Termin) gekündigt wird.

Die Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands nahmen in ihrer Sitzung vom 4. August Stellung zum Schiedspruch und faßten nachfolgende Entschlüsse:

Die Betriebsräte und Funktionäre stimmen dem Schiedspruch vom 31. Juli zu. Die christliche Textilarbeiter-Macht ist mit einzelnen Punkten des Arbeitszeitabkommens grundsätzlich nicht einverstanden. Wenn trotzdem der Schiedspruch angenommen wird, so lassen die obwaltenden Verhältnisse eine andere Stellungnahme nicht zu. Die bestehende Tätigkeit antigewerkschaftlicher Elemente hat erhebliche Teile der Arbeiterschaft interessen- und willenlos gemacht. Eine zerrissene, auseinanderstrebende Arbeiterschaft kann niemals Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielen. Die Konferenz bedauert auf das schärfste die Stellungnahme des Deutschen Transportharbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer. Diese sozialistischen Organisationen haben nicht einmal das Vertragsverhältnis gekündigt.

In den Januar-Februartagen d. J. ha en die freien Gewerkschaften den heiligen Krieg der U. eil" für den Handelskammerbezirk Krefeld ausgerufen. I mals glaubte man den Achtstundentag nur durch den "Generalkrieg" erhalten zu können. Und heute? Liegt die jetzige Stellungnahme in den Organisationsverhältnissen begründet? Dieses Verhalten der sozialdemokratischen Verbände hat die Stellungnahme des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands herbeigeführt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Kempten (Allgäu). Eine Jubelfeier. Die Kemptener christlichen Gewerkschaften feierten am Sonntag, den 27. Juni das Fest ihres 25-jährigen Bestehens. Es wurde durch einen Festgottesdienst mit einer tiefempfundenen Predigt durch Herrn Gesellenrufes Storr. Anschließend fand eine Konferenz sämtlicher Berufsorganisationen und der konfessionellen Vereine statt. Der Stadtrat war durch Herrn Kaufmann Wellstein und das Bezirksamt durch Herrn Bezirksamtsrat Heine vertreten. Der zu den Gewerkschaftsjubilaren zählende Kollege Kaiser wurde zum Vorsitzenden bestimmt. Nach einer von großem Verständnis für die grundsätzliche Bedeutung unserer Bewegung getragenen Ansprache des Herrn Stadtrats Wellstein sprach Kollege Diepolder-Mugsburg über das Thema: "Die christlichen Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft". Seine Ausführungen sind inhaltlich in nachstehender Entschlüsselung niedergelegt:

Das christliche Gewerkschaftskartell Kempten erklärt bei der am 27. Juni 1924 im Saal des Vereinshauses abgehaltenen Konferenz anlässlich des 25-jährigen Bestehens, daß sie ihrem Programm entsprechend in erster Linie die Hauptaufgaben darin erblickt, der deutschen Arbeitnehmerschaft Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, welche ein menschenwürdiges und auskömmliches Familienleben verbürgen. Dies kann nur auf dem Wege einer gesunden Lohn- und Tarifpolitik geschehen, wobei darauf zu streben ist, daß die bestehende Sozialgesetzgebung nicht nur gehalten, sondern noch besser ausgebaut wird. Die heute noch bestehenden Tariflöhne verschiedener Berufsgruppen sind selbst unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten bedeutend zu niedrig und führen zu einem sicheren Niedertum der breiten Massen des Volkes und damit zu einer Lockerung der Staatsautorität. Bezüglich der Arbeitszeitfrage sehen wir nach wie vor auf dem Boden des Achtstundentages, wobei wir unter Berücksichtigung des Kraftverbrauchs der einzelnen Berufsgruppen eine allgemeine Schematisierung nicht anerkennen können. Ferner erklären wir, daß zu einer Förderung des Wirtschaftslebens und zu einer organischen Entwicklung der Gewerkschaften des Klassen- und Klassenkampfes von uns entschieden bekämpft wird, und daß nur durch die Idee einer wahren Volks- und Schicksalsgemeinschaft das Wiedererschließen unserer Wirtschaft garantiert werden kann.

Die christlichen Gewerkschaften stehen mit voller Überzeugung auf dem Boden wahrer nationaler Gesinnung, die sich in selbstloser, opferbringender Tat gegenüber dem Volksganzen äußert. Wir stehen auf dem Boden der rechtmäßigen Verfassung und müssen alle Versuche gewalttätigen Umsturzes, ob von rechts oder links, entschieden bekämpfen und ablehnen.

Wir verlangen von der Nation an dem geistigen Leben unserer Nation durch Vermittlung höherer Bildung und weiterer Ansehens unserer Volksgenossen, damit die Klassen nicht untereinander entfremdet, sondern zueinander geführt werden.

Wir erwarten uns christliche Gewerkschaften und stehen bemüht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, weil nur von dieser einen Wahrheit die Kraft zur Klärung und Brudersliebe ausgeht werden kann. Zu diejenigen Arbeiter, welche christlicher Überzeugung sind, gehören in unsere Bewegung. Soweit sie gesamtlich organisiert sind, unterstützen sie unbedingte christliche Ziele durch die Bezahlung ihrer Verbandsbeiträge. Wir erinnern hierbei nur an die Anträge der sozialistischen Partei betriebs- und gewerkschaftlicher Gewerkschaften. Wir verlangen unter allen Umständen die Erhaltung der Konfession als solche und weisen alle diejenigen christlichen Bürger und Arbeiter zu diesem Kampfe auf, welche Interesse haben, daß ihre Kinder der Religionsunterricht in der Schule nicht entzogen wird. Religion ist im Wirtschaftsleben nicht Privatangelegenheit, wie es das marxistische Programm lehrt, sondern war und ist die größte Gemeinschaftsangelegenheit aller Völker und Zeiten.

gewesen. Deshalb fordern wir alle uns fernstehenden christlichen Arbeiter auf, unverzüglich mit uns innerhalb unserer Gemeinnutz den Kampf gegen den antichristlichen Geist aufzunehmen. Zugleich fordern wir aber auch von unseren Arbeitgeberern, daß sie die christliche Idee nicht als Deckmantel für ihre materialistische Gesinnung benützen, sondern daß sie dem christlichen Sittengesetz entsprechend ihre Arbeiter als gleichberechtigte Menschen behandeln und in der Entlohnungsfrage die Lebenseristenz gesunder Art in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen, um so zur wahren christlichen und nationalen Volks- und Schicksalsgemeinschaft zu kommen.

Mit herzlichsten Dankesworten, dem Appell zu weiterer tatkräftiger Mitarbeit und einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung schloß dann Herr Sekretär Egger um halb zwölf Uhr die schön und einmütig verlaufene Konferenz.

Nachmittags fand eine Festfeier im kath. Vereinshaus statt unter Mitwirkung einer Abteilung der Kapelle des Geb.-Jägerbataillons und einer Gesangsgruppe der konfessionellen Vereine. Nach einem sehr hübschen Festprolog und einer Ansprache des Kartellvorsitzenden, Kollegen Heilmann, hielt der Bezirksleiter Ependeck-Münsterberg die Festrede. Er gab ein getreues Bild von der Geschichte, dem Wirken und dem Willen der christlichen Gewerkschaften. Alles, was dieser Redner zu den Versammelten sprach, war aus dem vollen Leben geschöpft. Stürmischer Beifall dankte dem Redner.

Am Abend wurde die Feier mit einem Tanzchen beschlossen. Auch wurde dabei ein hübscher Damenreigen aufgeführt. Mit hoher Genugtuung können die christlichen Gewerkschaften auf den glänzenden Verlauf ihrer Jubelfeier zurückblicken. Möge der 25. Jahrestag für die christlichen Gewerkschaften die Vorbedeutung weiterer erfolgreicher Entwicklung haben zum Besten jedes Arbeiters und zum Segen des gesamten Vaterlandes!

Lörrach. Oberbadischer christlich-nationaler Arbeitertag. Unter zahlreicher Beteiligung aus ganz Oberbaden fand am Sonntag, den 27. Juli in Lörrach ein christlich-nationaler Arbeitertag statt, der einen für die Bewegung ehrenvollen Verlauf nahm. Nach dem Gottesdienst in beiden christlichen Kirchen fand zunächst unter dem Vorsitz des Bezirksleiters Rümmele im Gasthaus, Strauchen eine Konferenz der Vorstandsmittelglieder und Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaftsgruppen und der konfessionellen Arbeitervereine statt. Abgeordneter Ziegelmaier-Döhrlich sprach über die kulturelle Aktivität zwischen Gewerkschaft und Arbeitervereine. Er forderte eine stärkere, entschiedene Betonung der christlichen Grundsätze gegenüber der nicht christlichen, sozialistischen Bewegung. Die christlichen Gewerkschaften lehnten die parteipolitische Einstellung ab. Die parteipolitische Betätigung würde, wie wir das in der Sozialdemokratie sehen, zur Zerküftung der Organisation führen und sich zum Verhängnis in der Wahrnehmung der Standesinteressen der Arbeiterschaft auswirken. Heute im verarmten Deutschland die soziale Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen durchzusetzen und die übrigen Kulturbedürfnisse der Arbeiterschaft zu wahren, sei nur möglich, wenn sich die christliche Arbeiterschaft restlos in den christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen zusammenschließe und in beiden Gruppen sich standesbewußt mit voller Kraft betätige. Neben den christlichen Gewerkschaften käme gerade in der heutigen Zeit den konfessionellen Arbeitervereinen die größte Bedeutung zu. Beide hätten sich zu ergänzen und zu ergänzen. Der zweite Zentralvorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes Deutschlands, Fischer-Düsseldorf, machte bemerkenswerte Mitteilungen über die Wirtschaftslage. Die Erwerbslosigkeit sei besonders im besetzten Gebiet erschreckend groß. Unbeschreibliche Not herrsche in der Arbeiterschaft. Darum die Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, um die Erwerbslosen- bzw. Kurzarbeiterfürsorge auf eine gerechte, dreierlei Basis zu stellen. Diese Aktion habe Unterstützung durch die Kommunen und Landesregierungen zu erfahren. In diesem Sinne beschloß die Konferenz, an das badische Arbeitsministerium eine dringende Eingabe zu richten. Abgeordneter Ziegelmaier teilte mit, daß die dem Zentrum angehörenden parlamentarischen Vertreter der christlichen Arbeiterschaft auf Grund der kürzlich stattgefundenen Porzheimer Führerkonferenz den Antrag an die badische Regierung gestellt hätten, beim Reichsarbeitsminister die Genehmigung zur Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung in Baden zu beantragen; der Antrag wurde inzwischen vom Haushaltsausschuß einstimmig angenommen und kommt in aller nächster Zeit im Plenum des Landtags zur Verhandlung. Ueber die Genossenschaftsbewegung der christlichen Gewerkschaften (Volksbank, Volksversicherung, Warenversorgung, Konsumvereine) machte Bezirksleiter Rümmele-Lörrach instructive Mitteilungen.

Nach Eingang der Mittagszüge formierte sich vor dem Schloßhof ein stattlicher und frammer Festzug durch die Stadt auf das Schützenhaus. Dort angekommen, entbot der Textilarbeiter Schildecker den Festparlamenten einen festlich tief durchdachten, selbst verfaßten, schwungvollen, poetischen Willkommengruß. Für das christliche Gewerkschaftskartell, das den Arbeitertag veranstaltet hatte, sprach Kartellvorsitzender Rinde. Zentralvorsitzender Fischer-Düsseldorf sprach prägnant über die geistige Grundeinstellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Fräulein Verbandssekretärin und Leiterin der weiblichen Zentrale des christlichen Textilarbeiterverbandes, Hedwig Weitzky-Düsseldorf, erläuterte hinreichend die sittliche und seelische Bedeutung der christlichen Frau in der Arbeiterfamilie, dabei insbesondere die Arbeiterinnen auffordernd, den sozialistischen Rednerinnen, die volksverrätterische fernuelle "Aufklärungsvorträge" im Lande hielten, mit aller christlichen Rücksichtseligkeit entgegenzutreten.

Verbandssekretär, Redakteur Fehreke-Billingen gab ein Bild über die politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage.

Ein jugendlicher Gewerkschaftler forderte in eindringlicher Rede seine Jugendgenossen auf, in die Fußstapfen der Führer der christlichen Gewerkschaften zu treten und alle Kräfte einzusetzen zur Förderung der christlichen Gewerkschaftsorganisation. Die Veranstaltung, in die hübsche Musikanten der Kapelle des katholischen Gesellenvereins und Gesangsvorträge einer Abteilung des Bürgerlichen Sängervereins eingestreut waren, endete mit einer erhebenden Ehrengabe des Führers der christlichen Arbeiterbewegung des Markgräflerlandes Rümmele-Lörrach, wobei die große Hochachtung zum Ausdruck kam, deren sich der Genannte in der gesamten christlichen Arbeiterschaft erfreut. Rümmele hat sich durch hingebende Arbeit große Verdienste um die Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung besonders in Oberbaden erworben.

Zwischen dem Festteilnehmer zu einem gemütlichen Familienabend im Garten zum Schützenhaus.

Der Abend wurde durch Darbietungen von Künstlern der Oberhessischen Landesbühne und durch Abbrennen eines Feuerwerks in hervorragender Weise verschönert. Bei der Gelegenheit bekundeten die Lörracher Kolleginnen und Kollegen auch ihrem örtlichen Führer, dem Kollegen Rinde gegenüber durch eine freudige Überraschung ihr großes Vertrauen.

Die ganze Tagung war nicht nur ein Beweis für das einträglich tiefe persönliche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Führern in Oberbaden, sie wird zweifellos auch einen nachhaltigen Einfluß auf die innere Festigung und die äußere Entwicklung der Bewegung in Oberbaden ausüben.

Wickrath. Ihr 25-jähriges Jubelfest feierte am Sonntag, den 20. Juli unsere Ortsgruppe. Vormittags fand eine Festversammlung statt zur Ehrung der Jubilare. Der Vorsitzende, Kollege Konrad Schlägers, selbst ein alter Kämpfer für unsere Sache, eröffnete und leitete die Versammlung. Er gab einen kurzen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes und der Ortsgruppe im besonderen und erinnerte an die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, an die Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Bestehen des Verbandes. In den Betrieben sei oft alles, was den christlichen Arbeitern heilig ist, in den Rot gezerzt und diese ihrer religiösen Überzeugung wegen verspottet und verhöhnt worden. Da seien Charakterfeste, aufrechte Männer aufgestanden und hätten die Gründung christlicher Gewerkschaften in die Wege geleitet. So auch in Wickrath. Der damals ausgegrenzte Same habe sich entwickelt, Wurzeln geschlagen und sei zu einem Baume herangewachsen. Dabei dachte der Redner auch der harten, mühevollen, aber mit freudigen Herzen geleisteten Arbeit der Gründer und Veteranen der Bewegung, zu denen auch die heutigen Jubilare gehörten. Ihnen gebühre herzlich Dank. Der Redner gratulierte dann im Namen der Mitglieder den Jubilaren. Weißgekleidete Kolleginnen befestigten diesen sodann das Jubelabzeichen an und schenkten ihnen einen prächtigen Blumenstrauß. Darauf brachte die Versammlung ein donnerndes Hoch auf die also Geehrten aus. Ein schöner Prolog, vorgetragen von einer Kollegin, bildete den Abschluß der schönen Feier. In der Schlussansprache gedachte der Vorsitzende noch der Verstorbenen und der im Kriege gefallenen Mitglieder, die durch Erheben von den Stigen geehrt wurden. Die so schön verlaufene Festversammlung wird für jeden Teilnehmer eine schöne Erinnerung bleiben.

Einer Dankspflicht genügend wollen wir auch die rührige Mitwirkung der Gesangsabteilung des kath. Arbeitervereins unter der bewährten Leitung des Kollegen Theodor Nütten an der beschriebenen Feier lobend hervorheben. Die Leistungen fanden allseitige Anerkennung.

Nachmittags fand mit den auswärtigen Gästen ein gemeinsamer Spaziergang durch die Schloßallee und den Schloßhof statt. Kollege Joseph Sieg hielt dabei einen interessanten Vortrag über die Geschichte Wickraths und des Schlosses, der die Teilnehmer außerordentlich fesselte. Im festlich geschmückten Saale des Herrn Th. Abels begann dann um 5 Uhr die Festfeier unter Mitwirkung eines Mandolinistenklubs und des Quartettvereins. Beide trugen wesentlich zur Verschönerung des Festes bei, wofür ihnen an dieser Stelle besonders gedankt sei. Der Schriftleiter unseres Verbandsorgans, Kollege Gerhard Müller, hielt die Festrede. Er behandelte die Geschichte des Verbandes und gedachte in seinen Ausführungen besonders der Jubilare der Ortsgruppe. Seinen mit großem Beifall aufgenommenen Worten folgte eine von großer Wärme und Anteilnahme an unserer Bewegung zeugende Ansprache des Herrn Oberpfarrers Soebler aus Wickrath. Der am Erscheinen leider verhinderte Herr Pfarrer Reimann aus Wickrathsbühl wünschte der Veranstaltung schriftlich einen guten Verlauf. Als Vertreter des Herrn Bürgermeisters Dörmann sprach der erste Beigeordnete Zigen. In seinen Ausführungen hob er das einträchtige Zusammenarbeiten unserer Ortsgruppe mit der Gemeindeverwaltung und die gemeinsamen Bestrebungen zur Ausgleichung der zwischen den einzelnen Ständen bestehenden Gegensätze hervor. Es sprachen dann noch die Kollegen Lorenz von M. Gladbach, Birschen und Nowack von Rheindt Worte der Anerkennung und Aufmunterung. Der Mitbegründer der Ortsgruppe, Kollege Franz Dekat aus M. Gladbach richtete insbesondere an die Jugend einen eindringlichen Appell zu selbstloser Mitarbeit im Verband. Ein Tanzkränzchen beschloß die Feier.

Den Kolleginnen und Kollegen, die ihr Bestes getan haben zur Verschönerung des Festes, sei hiermit herzlich gedankt. Nun aber gilt es, den Geist, der das Fest beseele, in der praktischen Kleinarbeit sich auswirken zu lassen. Die gleiche Opferwilligkeit, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung des Festes so schön bekundete, gilt es auch jetzt auf die etwas mühevollere Arbeit für den inneren und äußeren Ausbau des Verbandes zu übertragen. Stellen wir in Zukunft auch da gern und oft unsere Person in den Dienst der Sache. Wenn unsere Festversammlung das erreichte, dann hätte sie ihren Zweck erfüllt, dann könnte sie wirklich zu einem Markstein in der Geschichte der Ortsgruppe werden.

Einige gute Handruker werden noch eingestellt. Mechanische Weberei A.-G., Zittau.

Inhaltsverzeichnis.

Aktuell: Wirtschaftliche Einsicht. — Geschwächte Gesundheit bedingt erhöhten Schutz. — Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage in Genf. — Allgemeine Rundschau: Die Zustände in einer Lungenheilanstalt. — Eine neue Zeitschrift. — Ein bemerkenswerter Urteil. — Zur Aufwertungsfrage. — Genossen: Aktstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. — Sozialpolitisches: Wo bleibt die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge. — Aus der Textilindustrie: Neues Abkommen über die Textilindustrie. — Die Weltvorräte an Baumwolle. — Aus dem Verbandsgebiet: Die Regelung der Ferientage in Aachen. — Ein Stimmungsbild aus der Paramentweberei. — Aus unserer Bewegung: Das Arbeitszeitabkommen in der Krefelder Seiden- und Sammetindustrie in Aachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Kempten (Allgäu). — Lörrach. — Wickrath. — Inzerat.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.